



München, 11. November 2016

Land- und Forstwirtschaft sind Teil der Lösung

Staatssekretär Aeikens diskutiert mit Kreisobmännern über aktuelle Bundespolitik

Herrsching (bbv) – Die optimistische Grundstimmung der bayerischen Bauernfamilien hat sich in den letzten zwei Jahren gedreht, die Preise für Milch, Fleisch und Getreide sind abgesackt. „Die Lage vieler Familienbetriebe ist nach wie vor schwierig, die Erzeugerpreise sind weiterhin niedrig und die desaströse Preispolitik führt auf vielen bayerischen Höfen zu massiven Problemen“, sagte Bauernpräsident Walter Heidl bei der Kreisobmännertagung heute in Herrsching. Umso wichtiger sei es, dass nun die von der Bundesregierung beschlossenen Hilfsmaßnahmen umgesetzt werden und Wirkung zeigen. Denn neben der wirtschaftlichen Entwicklung belasteten die Bauernfamilien die ständig steigende Regelungswut, die öffentliche, oft sachlich völlig daneben liegende Kritik bis hin zu Stalleinbrüchen.

Um die „Bundespolitik für die bayerischen Familienbetriebe“ ging es auch in der Diskussion mit Hermann Onko Aeikens, Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium. Bei der Arbeitstagung der rund 140 ehrenamtlichen Kreisobmänner machte BBV-Präsident Heidl deutlich, welche Folgen die überzogenen ursprünglichen Forderungen von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks beim Klimaschutzplan 2050 für die kleinstrukturierte Landwirtschaft hätten. „76 Prozent der Einkommen auf bayerischen Bauernhöfen werden mit der Tierhaltung erwirtschaftet, die Haltung von Nutztieren ist das Rückgrat der Landwirtschaft im Freistaat.“ Das Bundeslandwirtschaftsministerium konnte diese weitreichenden Pläne der Umweltministerin korrigieren. „Grundsätzlich darf aber die Umweltministerin ihr Amt nicht als Initiatorin landwirtschaftlicher Fachgesetze missbrauchen“, sagte Bauernpräsident Heidl. Er unterstrich, dass die Land- und Forstwirtschaft größtes Interesse am Klimaschutz habe. „Wir sind wie kaum eine andere Branche direkt von den Folgen betroffen und sehen unseren Beitrag auch als Teil der Lösung“, sagte Heidl. Die bayerischen Landwirte zeigten sich grundsätzlich offen für Weiterentwicklungen, die sachorientiert, praxistauglich und leistbar für Familienbetriebe seien.

Angesichts der aktuell erneuten, einseitigen Meldungen im Zusammenhang mit der Klage der EU-Kommission zur Düngeverordnung aus dem Jahr 2006 haben die Kreisobmänner Position bezogen. Fakt ist in Bayern, dass mehr als 93 Prozent der fürs Trinkwasser repräsentativen Messstellen den gesetzlichen Grenzwert erfüllen. Die Kreisobmänner machten deutlich, dass mit der seit Jahren diskutierten Novelle der Düngeverordnung den Kritikpunkten der EU-Kommission Rechnung getragen würde. Bund und Länder müssten deshalb zügig die Novelle einer praxistauglichen Düngeverordnung auf den Weg bringen. Außerdem weisen die Kreisobmänner darauf hin, dass die Umweltprüfung positive Umweltwirkungen der Novelle zur Düngeverordnung bestätigt. Die Kreisobmänner sprechen sich für eine ausgewogene Düngeverordnung aus, die die den Belangen des Umweltschutzes Rechnung trägt und in der landwirtschaftlichen Praxis umsetzbar bleibt.